

II-7024 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 356813

A N F R A G E

1989 -04- 0 5

der Abgeordneten Ludwig  
und Genossen  
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Giftfässer am Wiener Nord-West-Bahnhof

Am Wiener Nord-West-Bahnhof lagern mehr als 1.000 Giftfässer mit falscher Deklaration. Der giftige Müll wurde von den polnischen Behörden zurückgeschickt. In den Skandal verwickelt ist dabei die selbe Wiener Firma, die Wiener Industrieabfallverwertungsagentur (IAV), die auch für die Affäre um die 420 Linzer Giftfässer im September des Vorjahres verantwortlich ist.

Die Neue AZ/Tagblatt berichtet in ihrer Ausgabe vom 31. März 1989, daß die Giftfracht am Nord-West-Bahnhof entgegen den Behauptungen des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie bereits Anfang Jänner dieses Jahres entdeckt wurde. Vertreter des Umweltbundesamtes hätten die Giftfässer zu diesem Zeitpunkt bereits besichtigt. Es wurde sogar ein eigener Akt angelegt und das Büro der Umweltministerin informiert. Mit konkreten Maßnahmen reagiert das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie aber erst Ende März, nachdem die Umweltschutzorganisation Greenpeace auf die Fässer erneut aufmerksam gemacht hatte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

A n f r a g e :

1. Wann hat Ihr Ressort zum ersten Mal von der Tatsache falsch deklarierter Container mit überwachungsbedürftigem Sonderabfall am Wiener Nord-Westbahnhof erfahren?

- 2 -

2. Warum haben Sie zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichende Maßnahmen gesetzt und die Staatsanwaltschaft verständigt?
3. Wieso haben Sie erst dann reagiert, als Ihnen von Greenpeace diese Tatsache in Form einer APA-Mitteilung in Erinnerung gerufen wurde?
4. Wieso haben Sie die Öffentlichkeit über Ihre Kenntnis des "Umweltskandals" nicht ausreichend informiert?
5. Welche Handhabe können Sie sich in Zukunft gegen falsch deklarierte Sonderabfälle vorstellen?
6. Wie werden Sie in Zukunft verhindern, daß Sonderabfälle über Briefkastenfirmen als Vermittler falsch deklariert über Österreich verschoben werden?
7. Wann wurde die erste Probe aus den Containern mit falsch deklarierten Sonderabfällen gezogen?
8. Wieso sind Sie über das Ergebnis dieser Proben nicht informiert worden?
9. Aus welchem Grund haben Sie am 29.3.1989 nochmals eine Überprüfung des Inhalts der falsch deklarierten Container durch das Umweltbundesamt angeordnet?
10. Sind Sie nicht der Auffassung, daß dadurch ein unnötiger Aufwand an Personal und Mitteln ausgelöst worden ist, der durch bessere Koordination und Organisation vermieden hätte werden können?
11. Besitzt das in den "Umweltskandal" involvierte Unternehmen, die Industrieabfallverwertungsagentur, eine Genehmigung nach dem Sonderabfallgesetz bzw. Gewerbeordnung?
12. Wie werden Sie sicherstellen, daß dem durch die falsche Deklaration getäuschten Transportunternehmen kein finanzieller Schaden erwächst?
13. Wie begründen Sie Ihre Meinung, daß die Stadt Wien für die Entsorgung des Giftmülls die Kosten zu übernehmen hat?